

XIX. GP.-NR
Ne 639 10
1995-03-03

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

**betreffend Frauendiskriminierung durch die Förderungspraxis des Sozialministers;
verfassungsbedenkliche Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung**

Immer häufiger äußern Künstlerinnen aus Frauengruppen konkrete Vorwürfe gegen die Förderungspraxis des Sozialministeriums. So wurden etwa schriftlich gemachte Förderungszusagen an die Frauenzeitschriften "AUF" und "an.schläge", sowie an den Verein "VELVET CINEMA" (Frauenfilmerinnen) wieder zurückgezogen. Den genannten Zeitschriften wurde der Vorwurf gemacht, daß sie auch lesbische Themen aufgreifen, den Filmemacherinnen wurde ebenfalls mitgeteilt, daß ihre Gesamttätigkeit nicht förderungswürdig sei, weil sie - nicht in geförderten Filmprojekten - auch lesbische Themen aufgreifen.

Dem Gesetz ist eine derartige willkürliche Einschränkung von Förderungsmöglichkeiten an keiner Stelle zu entnehmen. Die Zielsetzungen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes und sonstiger im Sozialressort zu vollziehenden Förderungsbestimmungen sind den Gesetzen zu entnehmen; ein Förderungsausschlußgrund aufgrund der sexuellen Orientierung geförderter Personen findet sich weder im Bereich von sozialen Beschäftigungsprojekten noch im Falle von kulturell-künstlerischen Projekten, geschweige denn im Bereich der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Rahmen der Wirtschaft. Offenbar entspricht es aber dem Weltbild des amtierenden Sozialministers, daß "brave" Förderungsnehmerinnen dem "Normalfall" sexueller Orientierung zu entsprechen haben und daß Gruppen, die im Rahmen ihrer Gesamtarbeit - und nicht einmal im Rahmen von geförderten Projekten - auch Themen mit einer oft vom Sozialminister offenbar nicht goutierten sexuellen Orientierung aufgreifen, von Förderungen ausgeschlossen werden.

Gerade in den Tagen des Gedenkens an Auschwitz mutet diese Vorgangsweise nicht nur rechtswidrig, sondern gefährlich an. Offenbar muß im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage daran erinnert werden, daß sämtliche Opfer des Nationalsozialismus' aufgrund ihrer "Andersartigkeit" von der ethnisch und nach ihrer "Normalität" beurteilten Gesellschaft der Verfolgung preisgegeben waren und daß gerade Homosexuelle und Lesben bis zum heutigen Tage nicht als Opfer anerkannt wurden, obwohl diese Menschen massiv von Verfolgung, Folter und Mord betroffen waren. Ohne hier eine Parallele ziehen zu wollen, muß auf die Gefahren einer unsachlichen Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer unterstellten Andersartigkeit aufmerksam gemacht werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Warum wurden die schriftlichen Förderungszusagen an die genannten Frauengruppen bzw. Frauenzeitschriften zurückgezogen?
2. Den Betroffenen wurde jeweils mündlich mitgeteilt, daß das Aufgreifen lesbischer Themen zum Ausschluß von der Förderung geführt habe. Geht diese Anordnung bzw. Willensbildung vom Minister aus bzw. von wem sonst? Welche Konsequenzen werden für die dafür Verantwortlichen gezogen?
3. Wie beurteilen Sie eine Vollzugspraxis, die im Gesetz keine Deckung findet bzw. halten Sie es für angebracht, daß die Vollziehung den offenbaren Willen des Gesetzgebers verletzt?
4. Was veranlaßt das Sozialressort zu einer inhaltlichen Koalition mit Jörg Haider, der ganz offen in denunzierenden Inseraten die behauptete "Andersartigkeit" von Lesben und Schwulen zum Anlaß für Diskriminierungen nimmt?
5. Wie hoch ist die explizite und reine Frauenförderung (**also nicht Familienförderungen bzw. Förderungen zur Betreuung von Kindern!!!**) in den letzten zehn Jahren jeweils gewesen?
6. Wer entscheidet über Frauenförderungen und welches sind die zugrundeliegenden Kriterien?
7. Wie werden Sie in Zukunft sicherstellen, daß die sexuelle Orientierung - dem Gesetz entsprechend - bei der Beurteilung von Förderungsprojekten absolut unbeachtlich ist?
8. Wie stehen Sie persönlich zur Anerkennung von Schwulen und Lesben als Opfer des Naziterror-Regimes und der Menschenverfolgung in Konzentrationslagern?
9. Werden Sie einen Akzent innerhalb der Regierung setzen, daß auch Schwule und Lesben endlich nicht nur als Opfer anerkannt werden, sondern daß die noch lebenden Opfer bzw. ihre Angehörigen endlich Entschädigungen erhalten? Wenn nein, warum nicht?
10. Wie stehen Sie persönlich zur Freiheit der Kunst bzw. halten Sie es nicht für gefährlich, wenn die Politik erneut Anstalten macht, schöne und häßliche Kunst, "normale" und "abnormale" Kunst zu trennen und die als unschön bzw. abnormal empfundene Kunst finanziell zu diskriminieren?